

Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
09. März 2015

Nr. 65/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU 0241 / 432 -7211
SPD 0241 / 432 -7215
Grüne 0241 / 432 -7217
Linke 0241 / 432 -7244
FDP 0241 / 432 -7224
Piraten 0241 / 432 -7266

Aachen, den 04. März 2015

RATSANTRAG

CDU 15.009, SPD AT 18/15;
GRÜNE 08/15; FDP 12/15
LINKE; PIRATEN

Gesundheitsprogramm für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne, Linke, FDP und Piraten im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadt Aachen will die medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylbewerber verbessern und deren Heilbehandlung auf eine gesetzliche Krankenversicherung in Anlehnung an das „Bremer Modell“ übertragen. Hierbei erhalten Leistungsrechtige nach §§ 4 und 6 AsylbLG eine Kranken-versicherten-Chipkarte der gesetzlichen Krankenversicherung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen, um eine entsprechende Vereinbarung auf Grundlage des § 264 Abs. 1 SGB V zu treffen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus aufgefordert, gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren aus Gesundheitshilfe und Flüchtlingsarbeit die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere in Anlehnung an das „Bremer Modell“ für Aachen weiter zu entwickeln und ein entsprechendes Gesundheitsprogramm auszuarbeiten.

4. Die kommunale Gesundheitskonferenz wird gebeten, über die bislang vereinbarten Themenschwerpunkte hinaus das Thema gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Aachen mit zu bearbeiten und hierbei auch die hieran beteiligten Akteure aus dem Gesundheitswesen und die örtlichen Flüchtlingsorganisationen mit einzubinden.
5. Die Stadt Aachen ist weiterhin davon überzeugt, dass die Versorgung von Flüchtlingen eine übertragene Aufgabe ist, die originär in die Zuständigkeit von Bund und Ländern fällt und diese die Kosten der Versorgung auch in vollem Umfang zu tragen haben. Die Verwaltung wird daher aufgefordert, dies entsprechend auf Ebene der kommunalen Verbände zu kommunizieren und für die Übernahme der Kosten durch Bund und Länder einzutreten.

Begründung:

Durch die Ausstattung mit Krankenversicherungskarten könnten Flüchtlinge und Asylsuchende über eine Versichertenkarte die Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, ohne in jedem Fall eine Bewilligung der zuständigen Dienststellen einholen zu müssen. Dies bedeutet einen gleichberechtigten Zugang zu gesundheitlichen Leistungen bei Ärzten, in Krankenhäusern und bei sonstigen Leistungserbringern, wie bei den anderen Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung üblich. Dieses Verfahren würde die Gesundheitsversorgung deutlich verbessern und auch zur „Normalität“ im Alltag der Betroffenen bei der Inanspruchnahme der Leistungen im Gesundheitswesen beitragen. Die im AsylbLG vorgesehenen Leistungseinschränkungen sind in der Praxis oft umstritten und führen nicht selten zu zeitlichen Verzögerungen der Behandlung zu Lasten der Patienten. Der zusätzliche Weg über das Sozialamt entfällt.

Ziel der Übertragung der Aufgaben auf eine gesetzliche Krankenkasse ist es, eine professionelle, bessere und zugleich auch effektivere Heilbehandlung der Flüchtlinge und Asylbewerber zu garantieren.

Gemäß § 264 Abs. 1 SGB V (Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung) können die kreisfreien Städte und Kreise bereits jetzt die Krankenbehandlung für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete auf die Krankenkassen übertragen. Die Erfahrungen aus Bremen zeigen, dass sich durch das Projekt Verwaltungskosten in erheblichem Umfang einsparen lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Ulla Griepentrog

Sprecherin Grüne-Fraktion



Wilhelm Helg

Vorsitzender FDP-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Leo Deumens

Vorsitzender Linke-Fraktion



Udo Pütz

Vorsitzender Piraten-Fraktion

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
09. März 2015

Nr. 66/17

Aachen, 9. März 2015

Ratsantrag: Keine Kürzung bei der Aufwandspauschale für Schülerlotsen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Rat möge beschließen:

Die Aufwandspauschale für Schulweghelferinnen und Schulweghelfer ist – rückwirkend zum 1.1.2015 – dergestalt zu ändern, dass niemand gegenüber dem 31.12.2014 schlechtergestellt ist.“

Begründung

Die Schülerlotsen tragen mit ihrer Arbeit entscheidend dazu bei, dass Kinder sicher zur Schule gelangen. Dieses Engagement sollte durch Wertschätzung und Anerkennung honoriert werden und nicht durch eine massive Kürzung der Aufwandsvergütung.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Georg Biesing

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Aachen

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

10. März 2015

Nr. 67/A

05. März 2015
GRÜNE 09 /2015

Ratsantrag

Winterdienst auf Radschutzstreifen und Radwegen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Aachener Stadtbetrieb wird aufgefordert, Radstreifen und Radwege auf den Hauptverkehrsachsen in die Prioritätenliste für den Schneeräumdienst aufzunehmen. Auf Radwegen soll auf das Streuen von Salz aus ökologischen Gründen verzichtet werden.

Begründung:

Als Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität in der Stadt sollte der Radverkehr auch in der kalten Jahreszeit attraktiv bleiben. Dazu gehört, dass zumindest die stark genutzten Radstreifen und Radwege geräumt und nicht von Räumfahrzeugen mit Schnee zugeschoben werden.

Beispiele für stark genutzte Radwege und Radstreifen finden sich an den städtischen Einfallstraßen: Monschauer Straße, Eupener Straße, Roermonder Straße, Vaalser Straße, Lütticher Straße, Krefelder Straße, Jülicher Straße und der Vennbahnradweg.

Mit freundlichen Grüßen


Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende


Jochen Luczak
Mitglied des Rates

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

17. März 2015

Nr. 68/17

Aachen, 17. März 2015

Ratsantrag: Kinderspielplätze inklusiv gestalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung der Stadt Aachen wird beauftragt, anhand einer Liste bereits vorhandener inklusiver Kinderspielplätze, einen Plan zu erarbeiten, wie in den nächsten Jahren alle Kinderspielplätze der Stadt Aachen mit barrierefreien Spielgeräten bestückt bzw. die Plätze inklusiv umgebaut werden können.
2. Die Verwaltung erstellt eine Prioritätenliste der Stadtviertel mit besonderem Bedarf und prüft, ob dazu ggf. Fördermittel akquiriert werden können.
3. Bereits im kommenden Jahr werden Mittel im Haushalt für die Umsetzung bereitgestellt, um weitere Spielplätze inklusiv zu gestalten.

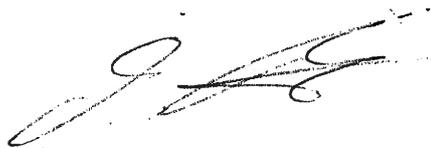
Begründung

Inklusion beginnt bei den Jüngsten unserer Gesellschaft, daher müssen sich Kinder mit mehr und weniger Handicaps auch auf dem Spielplatz auf Augenhöhe begegnen können. Um allen Kindern die Möglichkeit zu bieten, den nahegelegenen Spielplatz erobern zu können, sind z.T. Umbauten bzw. die Ausstattung mit geeignetem Spielgerät erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens

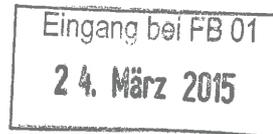


Michael Bredohl



Ellen Begolli

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 69/17

16. März 2015
GRÜNE 10 /2015

Ratsantrag

Camp Hitfeld endlich für Solarfeld nutzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Das Immobilienmanagement wird beauftragt, erneut in Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) einzutreten, damit diese das bundeseigene Grundstück „Camp Hitfeld“ für eine Freiflächensolaranlage veräußert.

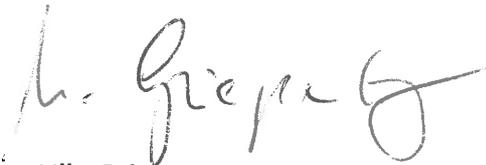
Der erforderliche Bebauungsplan soll durch die Planungsverwaltung zum Abschluss gebracht werden.

Begründung:

Das Gelände von „Camp Hitfeld“ ist planungsrechtlich nur für privilegierte Bauvorhaben nutzbar. Darunter fallen auch Freiflächensolaranlagen. Die BIMA hatte bereits vor ca. drei Jahren nach Käufern für das Grundstück mit dem Ziel gesucht, dort eine Freiflächensolaranlage errichten zu lassen. Die Stadt hat diese Zielsetzung unterstützt und einen Bebauungsplan auf den Weg gebracht. Aufgrund der Preisvorstellungen der BIMA, aber auch aufgrund der zeitweilig unklaren Vergütungssituation für Strom aus Freiflächensolaranlagen ist es nicht zu einem Verkauf gekommen. Das Grundstück ist daher weiterhin ungenutzt, vorliegende Altlasten werden lediglich gesichert. Die Stadt hat das B-Planverfahren aus dem gleichen Grund nicht zum Abschluss gebracht.

Derzeit sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungenrechen für Freiflächensolaranlagen so, dass ein Verkauf oder eine Verpachtung des Grundstücks und eine wirtschaftliche Nutzung wieder möglich erscheinen. Für die Stadt Aachen ist es von Interesse, das verwahrloste Grundstück in Nutzung zu bringen, damit die Altlasten dauerhaft zu sichern oder zu beseitigen sowie den Ausbau erneuerbarer Energien vor Ort zu fördern. Ein Solarfeld auf dem Gelände von Camp Hitfeld könnte auch für die Stadtwerke Aachen ein interessantes Projekt im Rahmen ihres Engagements für erneuerbare Energien sein.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Jochen Luczak
Mitglied des Rates

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
24. März 2015

Nr. 70/17

16. März 2015
GRÜNE 11 /2015

Ratsantrag

Baumbilanz: Ersatzpflanzungen in der Innenstadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis einer systematischen Untersuchung des Stadtgebietes konkret mögliche Standorte für Ersatzpflanzungen von Bäumen bis zum Ende des Jahres zu benennen. Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass Ersatzpflanzungen in direkter Nähe der bisherigen Standorte liegen und nur in Ausnahmefällen verlagert werden.

Die Verwaltung wird aufgefordert, Fällgenehmigungen zur Umsetzung von städtischen Baumaßnahmen und Planungen erst dann zu erteilen, wenn gleichzeitig konkrete Standorte für Ersatzpflanzungen angegeben werden können.

Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert, die zeitnahe Wiederbepflanzung von leeren Baumfeldern im Straßenraum vorzunehmen und mit der zusätzlichen Baumpflanzung von 10.000 neuen Bäumen im Stadtgebiet zu beginnen.

Begründung:

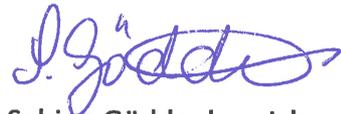
In diesem Jahr wird der Bau der neuen Bustrasse zwischen Bushof und Kaiserplatz in Angriff genommen. Für diese Baumaßnahme werden einige Bäume gefällt werden müssen. Auch bei sorgfältiger Planung sind stadtplanerische Vorhaben häufig nicht ohne Baumfällungen zu realisieren. Dadurch darf aber weder die Gesamtzahl der Bäume in der Innenstadt reduziert werden noch darf es zu stadtklimatisch bedenklichen „Beton- und Asphaltwüsten“ in einzelnen Bereichen kommen.

Zur Förderung des Stadtklimas aber auch mit Blick auf die innerstädtische Luftqualität ist im Umfeld Kaiserplatz/Wilhelmstraße/Adalbertsteinweg die Pflanzung von Ersatzbäumen sowie zusätzlichen Bäumen in besonderem Maße erforderlich. Dadurch soll das im Masterplan der Stadt Aachen festgeschriebene Ziel zur Pflanzung von 10.000 Bäumen gezielt unterstützt werden. Um diesen Plan umsetzen zu können und auch in Zukunft einen ausreichend großen innerstädtischen Baumbestand zu erhalten, ist die systematische Betrachtung der gesamten Innenstadt im Hinblick auf neue Baumstandorte erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

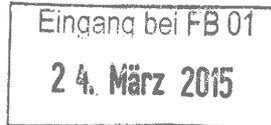


Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Sabine Göddenhenrich
Mitglied des Rates

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Mr. 71/17

23. März 2015
GRÜNE 12 /2015

Ratsantrag

Ludwig Forum stärken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Stärkung der Forumsfunktion des Ludwig Forums mit dem Ziel zu erarbeiten, im Veranstaltungsraum „space“ und in weiteren für Veranstaltungen geeigneten Räumen im Eingangsbereich und in den Obergeschossen Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen unterschiedlicher Art stattfinden zu lassen. Auch die Loggia, der Hof und der Garten sollte für Veranstaltungen genutzt werden können.

Ziel soll es sein, das Forum als Veranstaltungsort mit regelmäßigem Programm zu etablieren und auch durch regelmäßig angebotene Formate zu profilieren. Dabei soll die Verwaltung ausdrücklich die Kooperation mit Dritten (z.B. Kulturvereinen, Veranstalter) suchen und diese ermuntern und dabei unterstützen, das Forum durch ihre Veranstaltungen mit Leben zu füllen.

Begründung

Das Ludwig Forum braucht neue Impulse, um den ursprünglich einmal formulierten Forumsgedanken wieder aufzunehmen und zu stärken. Mit einer überwiegend musealen Nutzung werden die Möglichkeiten des Gebäudes und seiner Außenanlagen nur eingeschränkt genutzt. Wertvolle räumliche Ressourcen liegen teilweise brach, obwohl es durchaus eine Nachfrage nach Orten für Veranstaltungen gibt, gerade auch für jüngere Menschen.

Damit sich das Forum nachhaltig als Veranstaltungsort etablieren und profilieren kann, braucht es eine aktive Programmgestaltung, die auch kommuniziert wird. Zurzeit werden die räumlichen Möglichkeiten des Forums überwiegend durch „hauseigene“ Veranstaltungen genutzt oder von Dritten angemietet. Durch mehr oder weniger „zufällige“ Nutzungen entsteht kein Profil. Ein Profil kann entstehen, wenn der Kulturbetrieb oder Dritte beispielsweise mit einem kontinuierlichen Monatsprogramm Veranstaltungen anbieten, wenn an bestimmten Tagen Theateraufführungen, Kabarett, Konzerte, Lesungen oder ähnliches stattfinden.

Zu erwarten ist, dass sich durch die intensivere Nutzung teilweise sogar Einnahmen erwirtschaften lassen. Möglicherweise entsteht durch regelmäßige Besuche auch eine ökonomische Basis für eine Gastronomie, die alleine durch die Museumsbesuche offensichtlich nicht gegeben ist.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Aida Beslagic
Mitglied des Rates

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

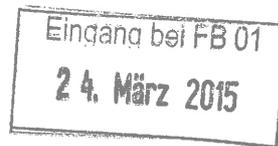
Verwaltungsgebäude Katschhof/Zimmer 132

Johannes-Paul-II.-Straße 1, 52062Aachen

Tel : 0241 432-7224, Fax : 0241 432-7226

Mail: fdp.fraktion@mail.aachen.de

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus der Stadt Aachen
Markt
52058 Aachen



Nr. 72/17 ↗

Aachen, 19. März 2015

Ratsantrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Strukturkommission – die sich mit dem ganzen Handlungsfeld „Stadtmarketing“ beschäftigt - zu bilden. Neben Politik und Verwaltung sowie Vertretern der örtlichen Akteure sollte auch externer Sachverstand hinzugezogen werden.

In den Bereichen VHS und Museen arbeiten Strukturkommissionen bereits sehr erfolgsversprechend. Personalentscheidungen bei ats sollten erst getroffen werden, wenn die künftige Struktur des Stadtmarketings feststeht.

Begründung:

Die FDP-Fraktion begrüßt es, dass eine Diskussion über künftige Strukturen des Stadtmarketings eröffnet wurde. Ergebnis einer solchen Diskussion sollte sein, unabhängig von politischen und persönlichen Prioritäten ein wirkungsvolles Stadtmarketing unter Einbeziehung aller wesentlichen Akteure zu etablieren.

Stadtmarketing ist nach Überzeugung der FDP-Fraktion eine originäre städtische Aufgabe. Es sollte in einer schlanken städtischen GmbH organisiert sein, um operativ wirkungsvoll und effizient handeln zu können, wobei in den Aufsichtsgremien die strategische Ausrichtung abgestimmt würde.

Synergieeffekte mit den örtlichen Akteuren wie ats, KuBa, MAC, EUROGRESS usw. und auch mit dem Standortmarketing sind auszuschöpfen.

Eine noch wichtigere Aufgabe der von uns empfohlenen Stadtmarketinggesellschaft wäre aber die Stimulierung der Kooperation und Kommunikation zwischen all den einzelnen Akteuren. Die Zusammenarbeit sollte projektbezogen sein, ohne dass es hierfür einer größeren und damit komplexeren gesellschaftsrechtlichen Zusammenlegung bedarf.

Diese Fragen können alle im Rahmen einer Strukturkommission bearbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Helg
(Fraktionsvorsitzender)



Dr. Rainer von Courbière
(wirtschaftspolitischer Sprecher)



Axel Schwartz
(stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher)

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof/Zimmer 132
Johannes-Paul-II.-Straße 1, 52062 Aachen
Tel : 0241 432-7224, Fax : 0241 432-7226
Mail: fdp.fraktion@mail.aachen.de

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus der Stadt Aachen
Markt
52058 Aachen



Nr. 73/17 ✓

Aachen, 19. März 2015

Ratsantrag: Feierabendmarkt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen bittet die Verwaltung, die Möglichkeiten zur Einrichtung eines „Feierabendmarktes“ zu prüfen.

Begründung

In mehreren Städten des Ruhrgebietes (z.B. Bochum, Essen, Herten, Gelsenkirchen-Neustadt und -Buer) gibt es seit einiger Zeit sogenannte „Feierabendmärkte“. Diese finden einmal wöchentlich z.B. donnerstags in der Zeit zwischen 16 und 20 Uhr statt. Die Feierabendmärkte sind nach unseren Recherchen binnen kurzer Zeit ein überaus erfolgreiches Konzept zur Belebung der Innenstädte und zur Förderung des Einzelhandels geworden. Darüber hinaus wurden sie zu einem beliebten Treffpunkt „after work“ mit zahlreichen Besuchern auch aus dem Umland (z.B. GE-Buer bis zu 5000 Besucher). Angeboten werden u. a. Produkte wie z.B. Feinkost und Wein (einschließlich Verkostung) sowie Produkte aus der regionalen Landwirtschaft.

Für Aachen wäre ein Feierabendmarkt - z. B. auf dem Marktplatz - eine hervorragende Möglichkeit, gerade nach der Eröffnung des Einkaufszentrums „Aquis Plaza“ einen Gegenpol zu bilden. Dies wird auch den Standort Altstadt stärken und dessen Attraktivität zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Helg
(Fraktionsvorsitzender)

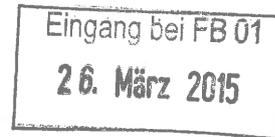


Dr. Rainer von Courbière
(wirtschaftspolitischer Sprecher)



Axel Schwartz
(stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher)

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 74/A

Aachen, 26. März 2015

Ratsantrag: „Knöllchen“ gegen Tagesticket

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung Aachen wird beauftragt, gemeinsam mit dem Aachener Verkehrsverbund, ein Konzept zu entwerfen, bei dem Parksünder ihren Strafzettel gegen Vorlage der bezahlten Quittung beim Aachener Verkehrsverbund einreichen können, um im Gegenzug ein Tagesticket für das Aachener Stadtgebiet zu erhalten.

Begründung

Mit ihrer Kampagne „Das wäre Ihnen mit uns nicht passiert“, weist die Infra Fürth Verkehr mit einem Augenzwinkern auf die Vorteile des ÖPNV hin. Wer in Fürth zu lange parkt und dafür einen ungeliebten Strafzettel kassiert, kann diesen in ein Tagesticket für die öffentlichen Verkehrsmittel eintauschen.

Eine stärkere Nutzung des ÖPNV der Bürger*innen entlastet nicht nur die Verkehrssituation der Aachener Innenstadt, sie würde auch einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung darstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Andreas Müller

Ellen Begolli